

9838/AB
Bundesministerium vom 05.05.2022 zu 10099/J (XXVII. GP)
sozialministerium.at
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.292.577

Wien, 3.5.2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 10099/J** des Abgeordneten Lindner betreffend Einsatz gegen LGBTIQ-feindliche Unternehmenswerbung wie folgt:

Fragen 1 und 2:

- *Planen Sie Schritte, um derart diskriminierende Praktiken beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen durch eine Ausweitung des Schutzes vor Diskriminierung im Gleichbehandlungsgesetz zu unterbinden?*
 - a) *Wenn ja, wann wird ein entsprechender Antrag dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden?*
 - b) *Wenn nein, warum sehen Sie dazu keine Notwendigkeit?*
- *Gibt es aus Sicht Ihres Ministeriums, abseits der Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes durch das lange verzögerte „Levelling Up“, andere Möglichkeiten, um gegen die Praktik des beschriebenen Unternehmens rechtlich vorzugehen? Wenn ja, welche?*

Mir ist es ein wichtiges Anliegen alle Formen von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in meinem Verantwortungsbereich zu unterbinden. Die legistische Betreuung

des Gleichbehandlungsgesetzes und somit auch die Ausarbeitung der in der Anfrage geforderten rechtlichen Änderungen fällt jedoch nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. Auch gibt es im Ressortbereich keine Rechtsvorschriften, die es ermöglichen würden, gegen die beschriebene Praktik des Unternehmens vorzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

